

Die Verpflegung der Bevölkerung von Polen und Serbien.

Abweisende Notizen Greys an die amerikanische Regierung.

London, 12. August.

Das Reutersche Bureau meldet: Staatssekretär Grey sagt in einer Note zu der Antwort der deutschen Regierung auf das Anerbieten der alliierten Regierungen in betreff der Hilfeleistung für die besetzten Gebiete:

„Ich will nicht eingehen auf die Unbestimmtheit und die Ungenauigkeit dieser Antwort, wie also die grundsätzliche Behauptung, daß es unmöglich sei, vor dem 1. Oktober irgendwelche Nahrungsmittel nach Polen einzuführen. Ein solcher Streit würde meines Erachtens nutzlos sein. Der Regierung liegen bis jetzt die Denkschriften der deutschen Regierung über das nördliche Polen und die Denkschriften der österreichisch-ungarischen Regierung über Serbien vor. Beide Denkschriften stehen in geradem Widerspruch zu den Behauptungen der Persönlichkeiten, die andauernd Bittgesuche an die Regierungen der Alliierten im Interesse der besetzten Gebiete richten. Er. Majestät Regierung bemerkt, daß nach Meinung der deutschen Regierung auch weitere Verhandlungen zwecklos sind. Unter diesen Umständen fühlt Er. Majestät Regierung, daß sie nichts mehr tun kann und es der Regierung der Vereinigten Staaten überlassen muß, weitere Schritte zu tun, die sie für recht und nützlich hält.“

In einer anderen Note Greys an den amerikanischen Botschafter heißt es:

„Ich erhielt von der serbischen Regierung ein dringendes Unterstützungsgeßuch, daß dem amerikanischen Notizen Kreuze angesichts der Verweigerung der Bevölkerung wegen der in verschiedenen Gebieten herrschenden Hungersnot 2000 Tonnen rumänischen Getreides seitens der Regierungen der Verbündeten zur Einfuhr nach Serbien freigegeben werden möchten. Ich habe den Gesandten Er. Majestät in Bukarest angewiesen, den dortigen Gesandten der Vereinigten Staaten davon zu unterrichten, daß sowohl die österreichisch-ungarische als auch die deutsche Regierung gewaltige Mengen Nahrungsmittel in Rumänien besitzen. Ihnen kommt es zu, für die serbische Bevölkerung zu sorgen. Ich nehme diese Gelegenheit wahr, um auf den beständigen Zustand der Ungewißheit hinzuweisen, in die die Regierungen der Alliierten durch die Tatsache veretzt werden, daß sie niemals irgend-

welche amtliche Mitteilungen von der deutschen und der österreichisch-ungarischen Regierung über die Stellung zu den Unterstützungsplänen erhalten, die den Regierungen der Alliierten von Zeit zu Zeit durch Neutrale in dringender Weise vorgelegt werden. Die deutsche und die österreichisch-ungarische Regierung beschränken sich auf Mitteilungen in der Presse gerade zu einer Zeit, wo die dringende Notwendigkeit der Einfuhr Er. Majestät Regierung durch philanthropische amerikanische Gesellschaften dargelegt wird.“